

Schüler vertreten – den Auftrag ernstnehmen

Thesen zur Reform der Schülervertretung

Beschlossen auf dem Landesausschuss der Schüler Union Hessen
12./13. Juli 2003 in Kassel

Das Bild, das die Schülervertretung in Hessen gibt, ist dürftig. Die SV wird von vielen Schülern nicht wahrgenommen. Auf Kreis- oder Stadtebene und vor allem in der Landesschülervertretung bilden sich traditionell linke Kader, die ihre Ämter als Sprachrohre für antidemokratische und oftmals verfassungsfeindliche Meinungen mißbrauchen.

Die Aktivisten reklamieren den Anspruch alle Schüler zu vertreten. Dies ist aufgrund des verschachtelten Delegiertenwahlsystems nur schwerlich nachzuvollziehen. Beschränkt sich doch *de facto* die direkte Mitbestimmung eines Schülers auf die Wahl eines Klassensprechers.

Auf dem „Schulpolitischen Programm der Schüler Union Hessen“ basierend fordern wir eine Reform der Schülervertretung.

Wichtigste Maßnahme gegen den zähen Informationsfluß und das große Desinteresse an SV ist die Einführung einer verpflichtenden Urwahl für möglichst viele Ebenen. Der Schulsprecher und sein SV-Team dürfen nicht von der Vollversammlung der Klassensprecher gewählt werden. Jeder Schüler hat das Recht, an der Findung eines geeigneten Kandidaten teilzunehmen. Dies führt weiters dazu, daß die Schülervertretung vor allen Schülern Rechenschaft ablegt.

Eine solche Urwahl ist auch für die SSR-/KSR-Delegierten, den Stadt-/Kreisschulsprecher und den Landesschulsprecher anzustreben. Das Kostenproblem kann gelöst werden, indem die Wahlen mit denen zu Jugendparlamenten zusammengelegt werden. Außerdem kann eine *Online-*Wahl über das Internet in Betracht gezogen werden.

Das vereinfachte, flache Wahlsystem kann aber nur ein erster Schritt einer weitumfassenden Reform sein. Um den Konkurrenzgedanken, und damit die Möglichkeit einen besseren Kandidaten auszuwählen, zu stärken, fordern wir eine Landesschülervertretung, die sich an das österreichische Modell anlehnt. Dieses hat Ähnlichkeiten mit dem AStA (Allgemeiner Studierendenausschuß) der Universitäten.

Schüler schließen sich in Listen zusammen. Diese haben ein klares Profil und ein einsehbares Programm. So weiß jeder Wähler, mit welcher Einstellung er bei den Kandidaten zu rechnen hat. Auch für die Schüler Union böte sich an, als eigene Liste anzutreten. Vor einer Wahl zur die Schülervertretung muss jeder Kandidat seine Mitgliedschaften in politischen Organisationen offen legen.

Die Landesschülervertretung gewinnt in jedem Fall an Professionalität. Sie kann dann auch weitere Funktionen übernehmen und in die Bildungsdiskussionen stärker eingebunden werden.

Wir fordern, umgehend die Programme der Landesschülervertretung, die weitgehend gegen das Grundgesetz, die Hessische Verfassung und geltende Gesetze verstoßen, zu verbieten. Eine finanzielle Förderung erscheint uns unter den derzeitigen Voraussetzungen geradezu grotesk.

Die Schüler Union Hessen prüft juristische Schritte gegen die LSV.

Wir fordern außerdem, dass der Landesbeirat der Lehrer in der Landesschülervertretung aufgelöst wird. Die Pädagogen nutzten dieses Gremium in der Vergangenheit weitgehend zur Beeinflussung - und verhinderten so eine echte *Schüler*vertretung. Es ist undemokratisch, dass Schüler in ihrer Vertretung von Nicht-Schülern so "beraten" werden.

Unseres Erachtens ist eine Neuordnung des verkrusteten SV-Systems dringend nötig. Wir bieten der Landesregierung Gespräche an und hoffen auf eine baldige Demokratisierung der Schülervertretung.